

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Über eine halbe Milliarde für die Kernforschung

[urn:nbn:de:bsz:31-219097](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-219097)

Über eine halbe Milliarde für die Kernforschung

Maßgebliche Beteiligung der baden-württembergischen Wirtschaft

W. M. Lehmann



Der Auf- und Ausbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe, das im kommenden Jahr seinen 10. Geburtstag feiern wird, kommt besonders eindrucksvoll in den finanziellen Aufwendungen zum Ausdruck, die die Bundesrepublik Deutschland, das Land Baden-Württemberg, die Wirtschaft und u. a. auch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) bis zum 31. 12. 1964 für die Errichtung und den Betrieb des Kernforschungszentrums Karlsruhe erbracht haben. Insgesamt standen der Gesellschaft für Kernforschung, die Trägergesellschaft des Kernforschungszentrums Karlsruhe ist, bis zum 31. 12. 1964 478 Millionen DM zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben, insbesondere zur Errichtung und zum Betrieb von Forschungs-, Versuchs- und Prüfreaktoren sowie für Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsstätten zur Verfügung.

In dieser Summe sind nicht enthalten die Kosten für den Bau des Mehrzweckforschungsreaktors (MZFR), der etwa 157 Millionen DM in Anspruch nehmen wird. Außerdem betreibt die Technische Hochschule in Karlsruhe im Kernforschungszentrum ein Institut für Kernverfahrenstechnik, das 5 Millionen DM kostete. Die Isotopen-Studiengesellschaft e. V. Frankfurt (Main) betreibt ein Institut für Isotopenanwendung, für das insgesamt 3 Millionen DM aufgewandt werden. Die Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung errichtet für rund 9,5 Millionen DM ein Institut für Strahlentechnologie der Lebensmittel.

Ferner befindet sich im Zentrum das Europäische Institut für Transurane, das von der Europäischen Atomgemeinschaft betrieben wird. Seine Bau- und Einrichtungskosten werden auf etwa 100 Millionen DM geschätzt. Die Bundesrepublik hat zu den reinen Baukosten einen Zuschuß bis zu einer Höhe von 23 Millionen DM geleistet. Im Rahmen des Assoziationsvertrages zwischen EURATOM und der Gesellschaft für Kernforschung, der die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines schnellen Brutreaktors regelt, wird die Europäische Atomgemeinschaft 40 Prozent der gesamten Kosten der im Zeitraum von fünf Jahren vorgesehenen Forschungen und Arbeiten tragen. Die gemeinsamen Ausgaben werden auf 185 Millionen DM geschätzt.

Diese beachtlichen finanziellen Aufwendungen rechtfertigen natürlich die Frage, in welchem Umfange beispielsweise die Lieferungen und Leistungen an die Gesellschaft von deutschen Stellen erbracht wurden und wie sich andererseits der deutsche Anteil auf die einzelnen Bundesländer aufschlüsselt. Dabei ergibt sich folgendes Bild: An dem Gesamtvolumen der vergebenen Aufträge von rund 325 Millionen DM sind die Bundesrepublik mit 95,5 Prozent, der EWG-Raum mit 1,2 Prozent, das übrige Europa mit 1,3 Prozent und außereuropäische Staaten mit 2 Prozent beteiligt. Die Tatsache, daß nur 4,5 Prozent der Lieferungen von ausländischen Unternehmen stammten, dokumentiert in besonderer Weise die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem nuklearen Sektor.

Die Aufschlüsselung nach Beteiligungen der Bundesländer an einem Gesamtauftragsvolumen von rund 310 Millionen DM ergibt verständlicherweise für das „Gastland“ Baden-Württemberg den Hauptanteil von 64 Prozent, das sind 198 Millionen DM! Es folgen: Nordrhein-Westfalen mit 12 Prozent, Hessen mit 9,3 Prozent, Bayern mit 4 Prozent, Niedersachsen mit 3,5 Prozent und Berlin mit 0,9 Prozent. Der Rest verteilt sich auf die anderen Bundesländer.

Nicht weniger interessant und eindrucksvoll sind die Zahlen im regionalen Bereich. An den rund 198 Millionen DM, die auf das Land Baden-Württemberg entfielen, partizipierten die Stadt Karlsruhe mit 46 Prozent und der Landkreis Karlsruhe mit etwa 10 Prozent; auf das übrige Baden-Württemberg verteilen sich die restlichen 44 Prozent. Das heißt: der Raum Karlsruhe war mit 56 Prozent — das entspricht 110,4 Millionen DM — maßgeblich an den Gesamtleistungen des Landes Baden-Württemberg beteiligt. Diese Zahlen sprechen eindeutig für die stimulierende Wirkung des Kernforschungszentrums Karlsruhe auf die Wirtschaft des baden-württembergischen und speziell des Karlsruher Raumes. Bei einer vergleichenden Wertung dieser Zahlen ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Befruchtung durch die Anwesenheit eines Forschungszentrums andere Maßstäbe zu gelten haben als für ein nach rein kommerziellen Gesichtspunkten arbeitendes Wirtschaftsunternehmen.

LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN AN DIE GESELLSCHAFT 1956-1964

Insgesamt TDM 325 153

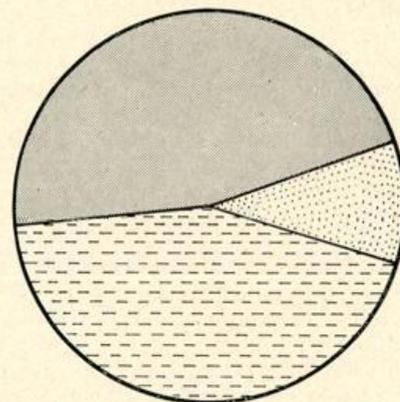
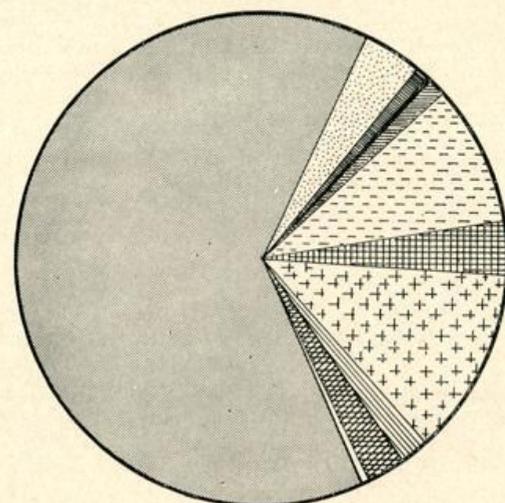
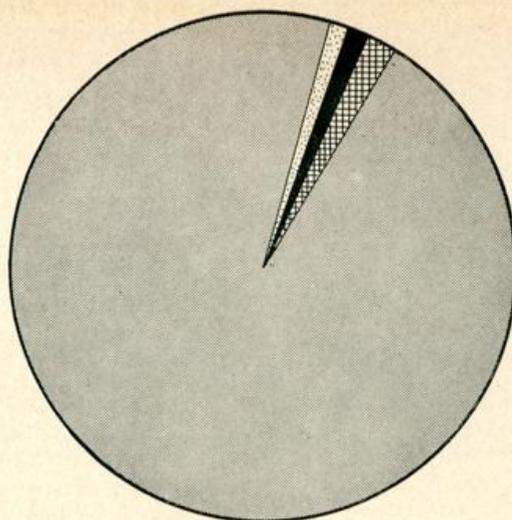
	in TDM
	Bundesrepublik 310 095
	EWG-Raum 3 773
	Übriges Europa 4 380
	Außereurop. Staaten 6 905

Davon BUNDESREPUBLIK

	Baden-Württemberg 198 053
	Bayern 12 428
	Berlin 2 703
	Bremen 454
	Hamburg 3 504
	Hessen 28 857
	Niedersachsen 10 675
	Nordrhein-Westfalen 38 461
	Rheinland-Pfalz 6 190
	Saarland 7 780
	Schleswig-Holstein 990

Davon BADEN-WÜRTEMBERG

	Stadt Karlsruhe 91 100
	Landkreis Karlsruhe 19 300
	Übriges Baden-Württemberg 87 653

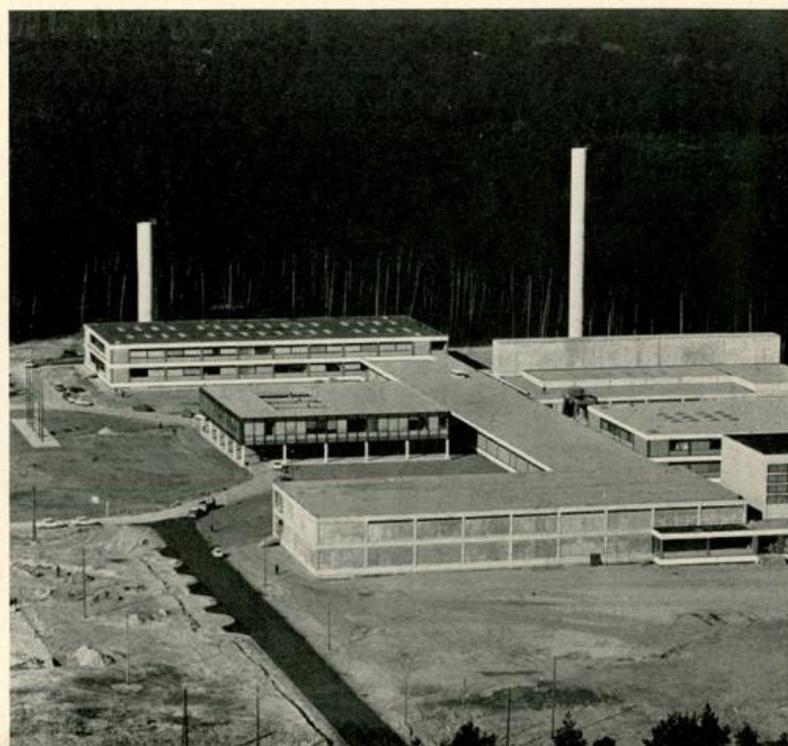


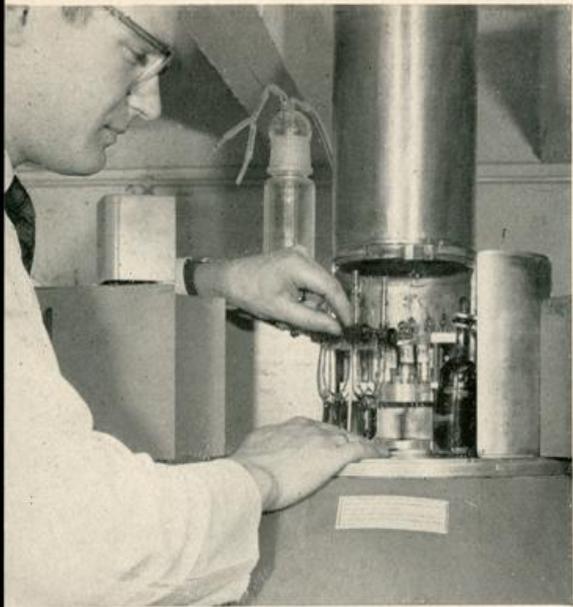
Es darf erwartet werden, daß die sich heute darbietende Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist. Neue Projekte, die den fortschreitenden Anforderungen auf dem Kernenergiegebiet gerecht werden, sind bereits in der Planung oder im Bau. Sollten die Prognosen der Europäischen Atomgemeinschaft Wirklichkeit werden, die davon ausgehen, daß bis zum Jahre 2000 zwei Drittel der neu zu installierenden Elektrizitätswerke auf nuklearer Basis arbeiten und dabei gleichzeitig eine Stromverbilligung erwarten lassen, werden nicht zuletzt dem Kernforschungszentrum Karlsruhe neue und wichtige Aufgaben erwachsen.

Das von der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) betriebene Europäische Institut für Transurane wurde am 6. April 1965 seiner Bestimmung übergeben. Das Institut ist Teil der Gemeinsamen Forschungsstelle von EURATOM. Es wird im Endausbau etwa 300 Wissenschaftler und Ingenieure aus den sechs Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft beschäftigen.

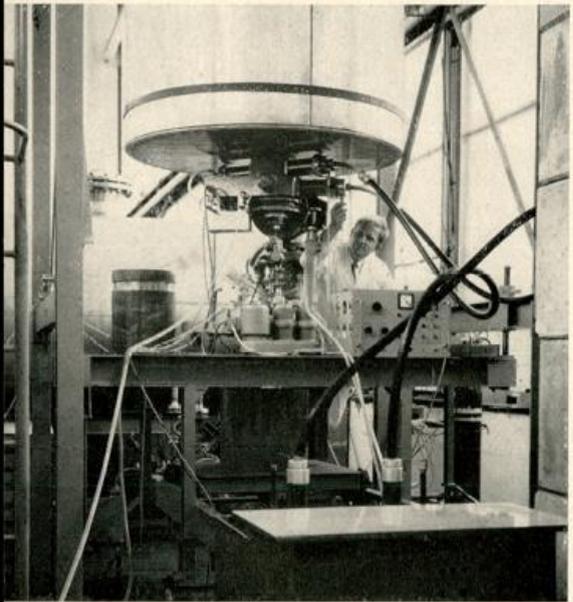
unten ganz rechts:

Der im Jahr 1965 in Betrieb genommene Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR) mit Abluftkamin, Beckenhaus, Hilfsanlagen- und Betriebsgebäude.

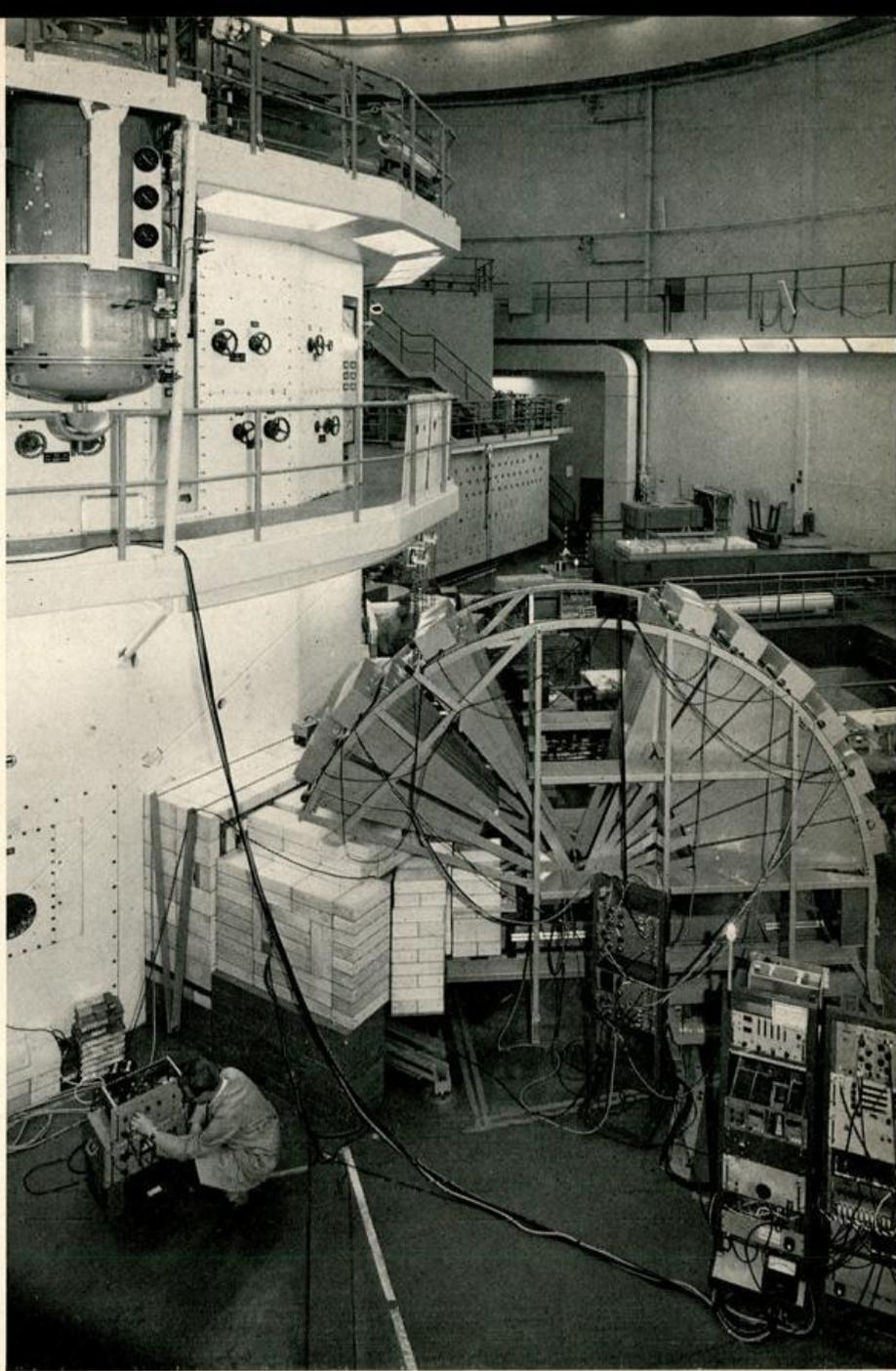




Einsetzen von Bestrahlungsproben in eine Kobaltquelle



Neutronengenerator mit Duoplasmatron-Ionenquelle unter einem unterkritischen Versuchsreaktor



Versuchsanordnungen am Forschungsreaktor FR 2

